

Informationsbulletin
Nr. 74 / September 2011

Nigeria: Ogonis lassen sich nicht unterkriegen

Der nigeriansche Senat weigert sich, einen nationalen Gedenktag für den vor 15 Jahren ermordeten Ogoni-Schriftsteller Ken Saro-Wiwa einzuführen. Gleichzeitig wird der Richter, der Ken Saro-Wiwa damals durch den Tod am Strang verurteilte, zum obersten Richter des Landes befördert. Weiter soll im Ogoni-Land die Ölproduktion wieder ausgeweitet werden, vermutlich unter Beizug von Shell. Der Ölkonzern musste sich aufgrund weltweiter Proteste nach dem Tod Ken Saro-Wiwas aus dem Land zurückziehen.

Am 4. August hat das UN-Umweltprogramm einen Bericht zur ökologischen Zerstörung im Ogoniland durch die Erdölindustrie veröffentlicht. Bei der Verschmutzung von Land, Wasser und Luft handle es sich um die vermutlich weltweit grösste ökologische Katastrophe, die dringend saniert werden müsse, stellt der Bericht fest.

Dessen ungeachtet geht die Zerstörung weiter. Am 15. Juli 2011 veröffentlichte die Lokalregierung von Rivers State Inserate in Zeitungen, in welchen sie die Enteignung von 258'954 Hektaren im Ogoniland bekannt gab. Die einzelnen Grundbuchparzellen waren aufgelistet und Personen, welche sich als rechtmässige Besitzer von angegebenen Parzellen verstehen, wurde eine Frist von zwei Wochen – ein unakzeptables Vorgehen – eingeräumt, um ihre Entschädigung geltend zu machen.

Das Ogoni Solidarity Forum (OSF), das in der Tradition von Ken Saro-Wiwa seit Jahren für die Interessen der Bevölkerung im Ogoniland kämpft, vermutet hinter den Enteignungen Pläne zum Ausbau der Erdölindustrie und von Militärstützpunkten zur Unterdrückung der Proteste. Deshalb hat das OSF eine breite Kampagne gegen die Enteignungen gestartet und wird darin vom SOLIFONDS unterstützt.

SOLIFONDS
Quellenstrasse 25
Postfach
CH-8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37
Fax 044 272 11 18
mail@solifonds.ch
www.solifonds.ch
PC 80-7761-7

Unterstützungsaktion

Bio heisst nicht sozial – Arbeiterinnen in der südspanischen Gemüseindustrie



Arbeiterinnen verpacken das Gemüse für den Transport.

Foto: B. Marks

«Bio ist gut für die Konsumenten und die Natur, aber den Landarbeitern geht es dreckig wie eh und je», titelte am 21. Februar der Tagesanzeiger und fuhr fort: «Im südspanischen Almería liegt eines der wichtigsten europäischen Anbaugelände für Gemüse und Früchte. Die Region war lange Synonym für massiven Pestizideinsatz und ausgebeutete Arbeiter. Seit immer mehr in Bio-Qualität angebaut wird, sind die Pestizide tabu. Aber den Arbeitern geht es deswegen nicht besser.»

Seit langem prangert die LandarbeiterInnengewerkschaft SOC die prekären Arbeitsbedingungen in der industriellen Gemüseproduktion an – 36'000 Hektaren Treibhäuser, aus denen in den Wintermonaten Europa mit Tomaten, Peperoni, Gurken, Zucchini, Auberginen und Melonen beliefert wird. Dank Bio atmen die ArbeiterInnen in den Gewächshäusern heute weniger Pestizide ein, doch die Arbeitsbedingungen sind deswegen nicht besser geworden. Auch nicht jene der Arbeiterinnen in den Abpackbetrieben, zu 90 Prozent Frauen: Wenn die Nachfrage gross ist, müssen sie bis zu sechzehn Stunden am Tag arbeiten, der vereinbarte Mindestlohn von 6.15 Euro pro Stunde wird permanent unterschritten, Überstunden werden nicht bezahlt, für einen Toilettengang werden maximal fünf Minuten zugestanden, dauert er länger, wird eine halbe Stunde abgezogen.

Der grösste Teil der rund 10'000 Arbeiterinnen in den Verpackungsbetrieben kommt aus Nordafrika, weitere aus Osteuropa oder Lateinamerika. Als Migrantinnen sind sie zusätzlichem Druck ausgesetzt: Verlieren sie ihren Arbeitsplatz, droht ihnen zusätzlich der Verlust der Aufenthaltserlaubnis, was ihre Abschiebung ins Herkunftsland bedeuten kann. Die Arbeitgeber nutzen diese Situation schamlos aus, nach dem Motto: «Willst du den Arbeitsplatz, so diktiere ich die Bedingungen.»

Der Fall BioSol, auf den wir nachfolgend eingehen, zeigt, wie sich ein Bio-Unternehmen um seine soziale Verantwortung focht. Aber auch in der Textilindustrie ist solches Verhalten an der Tagesordnung. Dazu unser Beispiel aus Bangladesch. In beiden Fällen sind Frauen die Hauptbetroffenen und in beiden Fällen wehren sich die Arbeiterinnen, indem sie sich in Gewerkschaften organisieren. Dazu sind sie auf unsere Solidarität angewiesen.

Nestlé: Imagepolitik ohne grundlegende Veränderungen

Ende Juni hat die Lobbyorganisation der grossen Hilfswerke Alliance Sud einen Bericht zu ihrem Dialog mit Nestlé veröffentlicht. Dieser Dialog begann, nachdem der Konzern rund um das von MultiWatch organisierte Nestlé-Tribunal vom Oktober 2005 im Kreuzfeuer der Kritik gestanden hatte. Thema des mehrjährigen, unter dem Siegel der Verschwiegenheit geführten Dialogs waren die Konflikte rund um Nestlé in Kolumbien. Am Tribunal hatten kolumbianische Gewerkschafter über Nestlés gewerkschaftsfeindliche Politik sowie über Bedrohungen und Morde an Gewerkschaftern aus- gesagt.

Der nun publizierte Bericht stellt dem Konzern ein gutes Zeugnis aus. Dabei bestand von Anbeginn an eine klare Gewichtung zu seinen Gunsten: Während Nestlé Dialog-Partner war, wurde etwa die kolumbianische Nestlé-Gewerkschaft Sinaltrainal lediglich zweimal befragt. Zudem hatte Nestlé die Möglichkeit, Empfehlungen von Alliance Sud anzunehmen oder abzulehnen und den Bericht vor seiner Veröffentlichung gutzuheissen.

Obwohl der Bericht festhält, dass Nestlé rund die Hälfte der Empfehlungen abgelehnt hat – darunter wichtige wie die der Festanstellungen oder eines Existenz sichernden Lohnes – sieht der Verfasser das Unternehmen auf dem richtigen Weg. Unterdessen kritisiert die Nestlé-Gewerkschaft Sinaltrainal in Kolumbien, dass sich der Konzern in den grundlegenden Bereichen nicht bewegt hat. Eine Bereitschaft zu Veränderungen hat Nestlé offenbar nur da gezeigt, wo sie einer Imageverbesserung dienen. Gelobt wird der Konzern trotzdem.

Nach dem Lesen des Berichts bleibt eine zentrale Frage: «Woher nimmt eine Schweizer Nichtregierungsorganisation die Legitimation, im Namen von Betroffenen in Kolumbien mit Nestlé zu verhandeln?» (Zitat Oliver Classen [EvB], Tagesanzeiger/Der Bund vom 2.8.2011)

MultiWatch hat nun Alliance Sud eingeladen, gemeinsam einen öffentlichen Dialog zur Frage zu führen, was Rolle und Aufgabe von NGO und Solidaritätsgruppen gegenüber Konzernen sind und wie mit Vereinnahmungsstrategien von letzteren umgegangen werden soll.

Zur Stellungnahme von MultiWatch: www.multiwatch.ch

Bangladesh: Gegen die Kriminalisierung der Gewerkschaftsbewegung

Mitte Dezember 2010 hatten Textilarbeiterinnen in Bangladesh, die unter prekärsten Bedingungen arbeiten, für die Ausbezahlung des erhöhten gesetzlichen Mindestlohns demonstriert. (vgl. Bulletin 71/2011) Kurz nach den Massenprotesten wurde die Gewerkschaftsführerin Mushrefa Mishu verhaftet und kam erst nach viereinhalb Monaten frei – nicht zuletzt dank internationalen Unterstützungskampagnen, an denen sich der SOLIFONDS und zahlreiche unserer SpenderInnen aktiv beteiligt hatten. Mishus Gesundheit hatte sich in Polizeigewahrsam massiv verschlechtert und sie ist seither noch immer auf medizinische Behandlung angewiesen.



GWUF-Demonstration für einen Existenz sichernden Mindestlohn.

Foto: GWUF

Auch nach der Freilassung ihrer Präsidentin hat die Gewerkschaft Garment Workers' Unity Forum (GWUF) mit falschen Anschuldigungen gegen Mushrefa Mishu sowie gegen zahlreiche Mitglieder zu kämpfen. Wie so oft wurden nach den Protesten im Dezember gegen Tausende ArbeiterInnen haltlose Klagen eingereicht: Sie werden beschuldigt, dass sie die Fabrik anzünden wollten, Waren gestohlen haben oder einen Mord begehen wollten. Aufgrund dieser Kriminalisierung sind zahlreiche Gerichtsverfahren hängig. Die GWUF setzt sich dafür ein, dass die fälschlich beschuldigten Arbeiterinnen auf Kautionsfreilassung kommen und dass die Klagen fallen gelassen werden. Gleichzeitig besteht die Arbeit der GWUF auch darin, dass sie die Arbeiterinnen rechtlich unterstützt, um ausstehende Löhne einzufordern und gegen sexuelle Belästigungen in den Textilfabriken vorzugehen.

Die GWUF arbeitet unter sehr schwierigen Bedingungen. Obwohl sie rund 85'000 Mitglieder hat, können die meisten Arbeiterinnen ihren Mitgliederbeitrag nicht bezahlen. Seit der Verhaftung ihrer Präsidentin und den Angriffen auf ihre Mitglieder ist die GWUF unter zusätzlichen finanziellen Druck geraten. Sie hat deshalb den SOLIFONDS um Unterstützung gebeten, um die Rechtshilfe für die Gewerkschaftsmitglieder fortsetzen und ihre Arbeit weiterführen zu können, insbesondere Kurse, in denen Arbeiterinnen über ihre Rechte informiert werden. Geplant ist zudem eine Mobilisierung der Textilarbeiterinnen für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen.

Die Unterstützung der GWUF durch den SOLIFONDS ist als Fortsetzung der Kampagne für die Freilassung von Mushrefa Mishu zu sehen. Nach der jüngsten Kriminalisierungswelle ist es von grosser Bedeutung, die Gewerkschaftsbewegung in Bangladesh in ihrem Kampf für die Rechte der Arbeiterinnen zu stärken.

Südspanien: Arbeiterinnen gegen Bio Sol – Beginn einer Frauengewerkschaft?



Zwei marokkanische Verpackungsarbeiterinnen holen sich Rat bei der SOC. Fotos: C. Krebs / weltumspannend arbeiten

Bio Sol ist ein Betrieb, der sich selber als Musterbeispiel für Umweltqualität präsentiert und in der Schweiz Coop sowie Migros beliefert und von Bio-Suisse zertifiziert wird. Was die soziale Verantwortung betrifft, ist er sicher kein Vorbild. In seinen Betrieben herrschen die gleichen prekären Arbeitsbedingungen wie überall in der südspanischen Gemüseindustrie: Arbeiterinnen, die immer am gleichen Ort arbeiten, werden im dreimonatigen Rhythmus von unterschiedlichen Unterfirmen von Bio Sol angestellt. Damit umgeht das Unternehmen gesetzliche Sozialabgaben und verhindert, dass die Arbeiterinnen eine mehrjährige Firmenzugehörigkeit erlangen, die ihnen Ansprüche auf Entschädigungen und einen gewissen Schutz vor Entlassung garantieren würde. Das gleiche Geschäftsgebahren legte Bio Sol im Herbst 2010 an den Tag, als das Unternehmen dreizehn marokkanische Arbeiterinnen entliess, die zwischen sechs und zehn Jahren für den Betrieb gearbeitet hatten. Zusammen mit den betroffenen Frauen focht die LandarbeiterInnengewerkschaft SOC diese Kündigungen vor dem Arbeitsgericht an.

Das Vorgehen von Bio Sol hat international für einiges Aufsehen gesorgt, Coop und Bio-Suisse setzten Druck auf (vgl. nebenstehende Spalte). Daraufhin stellte Bio Sol sieben Arbeiterinnen wieder ein, sechs wurden finanziell entschädigt.

An der gewerkschaftsfeindlichen Haltung des Unternehmens hat sich aber bis heute nichts geändert. Arbeiterinnen werden schikaniert, sobald sie sich für minimale Verbesserungen einsetzen. Sie werden nur noch für wenige Stunden beschäftigt oder ihnen wird gleich mit der Entlassung gedroht. Es herrscht deshalb ein Klima der Angst unter den Arbeiterinnen. Gewerkschaftsarbeit in den Verpackungsbetrieben von Almería, in denen rund 10'000 Arbeiterinnen, meist Migrantinnen, beschäftigt sind, ist deshalb extrem schwierig, aber dringend nötig. Die SOC, die sich seit vielen Jahren für die Rechte der LandarbeiterInnen in der Region Almería einsetzt, will deshalb die Organisationsarbeit speziell unter den Arbeiterinnen intensivieren. Hierzu plant sie, zwei entlassene Frauen anzustellen, die die Arbeit in den Betrieben aus eigener Tätigkeit kennen und sich so leichter Zugang zu den Arbeiterinnen verschaffen können, nicht zuletzt dank der gemeinsamen Sprache. So erfahren sie von deren Problemen am Arbeitsplatz und können sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen.

Arbeiterinnen organisieren Arbeiterinnen – die SOC will den Raum schaffen, damit die Frauen ihre Stellung als Arbeiterinnen und Gewerkschafterinnen stärken können. Vielleicht der Anfang einer Frauengewerkschaft. Dafür hat die SOC den SOLIFONDS um eine Anschubfinanzierung ersucht.

Bio Sol: Widerstand und internationaler Druck



Protest gegen Bio Sol.

Foto: SOC

Der Artikel im Tagesanzeiger, der die Arbeitsbedingungen und Entlassungen beim Unternehmen Bio Sol kritisierte, und der Druck aus KonsumentInnenkreisen sowie von der «Plattform für eine soziale und nachhaltige Landwirtschaft» riefen Coop und die Zertifizierungsstelle Bio Suisse auf den Plan. Der Grossverteiler Coop sistierte alle Einkäufe, bis er von Bio Sol eine zufriedenstellende Antwort zu den Vorwürfen erhielt. Im März 2011 kam es zu zähen Verhandlungen, wobei das Unternehmen unter allen Umständen die Einmischung der Gewerkschaften verhindern wollte. Trotz massivem Druck von Seiten von Bio Sol gaben die betroffenen Arbeiterinnen nicht nach.

Der Widerstand der marokkanischen Arbeiterinnen, unterstützt von der SOC, und der internationale Druck zwangen das Unternehmen in Almería schliesslich nachzugeben. Am 28. April unterschrieben Bio Sol, die SOC und die Arbeiterinnen eine Übereinkunft und beendeten so den Konflikt. Die entlassenen Arbeiterinnen wurden wieder eingestellt oder erhielten eine Entschädigung. Auf beiden Seiten wurden die juristischen Klagen zurückgezogen. Das Unternehmen erklärte sich bereit, die Angestellten von nun an korrekt zu behandeln, den sozialen Dialog zu fördern und die gewerkschaftlichen Rechte zu respektieren.

Kaum waren die Schweizer Organisationen und die SOC nicht mehr vor Ort, versuchte Bio Sol, die Übereinkunft aufzuweichen. Eine erneute Mediation von Bio Suisse wurde nötig. Das Verhalten von Bio Sol zeigt, wie wichtig es ist, dass sich die Arbeiterinnen vor Ort organisieren, um für ihre Interessen eintreten zu können.

Im Namen der Arbeiterinnen und GewerkschaftsaktivistInnen danken wir Ihnen für Ihre Unterstützung!

Tunesien: «Eure Unterstützung ist wie der Regen, der auf die ausgetrocknete Erde fällt.»



RAID: Alle Bevölkerungskreise sollen die Möglichkeit erhalten, aktiv an der politischen Diskussion teilzunehmen und eigene Vorschläge und Forderungen einzubringen. Foto: U. Sekinger

Am 23. Oktober wird in Tunesien eine verfassungsgebende Versammlung gewählt. Nach dem Volksaufstand ein erster Schritt zur Demokratisierung des Landes. Wohin der Weg geht, hängt nicht nur von der Zusammensetzung der Versammlung ab. Ebenso wichtig wird es sein, dass die Bevölkerung ihre Vorschläge und Forderungen vor und nach den Wahlen einbringen kann.

Diesem Ziel hat sich RAID (Zusammenschluss für eine alternative internationale Entwicklung) verschrieben. Noch unter der Ben-Ali-Diktatur hat sich die Organisation – damals in der Illegalität – mit den Problemen der Verschuldung des Landes und mit den illegitimen Auslandsschulden der Diktatur auseinandergesetzt. Heute führt sie – unterstützt vom SOLIFONDS – im ganzen Land Veranstaltungen durch, um über die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu informieren und breit zu mobilisieren.

«Eure Unterstützung hat unseren Mobilisierungen und Aktionen Auftrieb gegeben. Unsere Kampagne ist viel sichtbarer geworden. Wurde früher die Frage der Schuldenerleichterung völlig ignoriert, ist sie heute, wenige Monate nach der Revolution, fast populär geworden. Die Forderung nach der Streichung der illegitimen Schulden hat uns ausserdem ermöglicht, eine viel zentralere Frage im revolutionären Prozess aufzuwerfen, jene nach der Souveränität des Volkes.» So RAID in einem Bericht an den SOLIFONDS. Tunesien, das heute vom Export landwirtschaftlicher Produkte (Oliven, Datteln), vom Bergbau (Phosphat, Gas), vom Tourismus und der Verarbeitungsindustrie lebt, ist auf eine Stärkung der eigenen Wirtschaft angewiesen. Wie aber soll dies geschehen, wenn das Land wegen seines Schuldendienstes zu einem Kapitalexpporteur geworden ist? RAID hat errechnet, dass seit 1987 netto 3,3 Milliarden Euro abgeflossen sind. Wie soll die Binnenwirtschaft vorwärts kommen, wenn ausländische Investoren dank Freihandelsverträgen steuerlich bevorzugt werden und ihre Gewinne ins Ausland transferieren? Wie sollen bei negativen Handelsbilanzen die dringend benötigten Arbeitsplätze geschaffen werden? Alleine die Schweiz hat in den letzten Jahren im Handel mit Tunesien einen Überschuss von 100 bis 150 Millionen Franken pro Jahr erzielt. Dass es Arbeitsplätze und bessere Lebensbedingungen braucht, stellt auch das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO fest (Länderinformation 7.4.2011). Und folgert: «Diese Ziele können jedoch nur durch die marktorientierte Politik der vergangenen Regierung erreicht werden.»

Soll die Demokratie in Tunesien eine Chance erhalten, dann ist genau von solch marktliberaler Wirtschaftspolitik Abstand zu nehmen. Zusammen mit sechzig weiteren Organisationen fordert RAID deshalb, dass in der neuen Verfassung festgeschrieben werden soll, dass die Wirtschaft im Dienste der Bevölkerung stehen und nach den Prinzipien der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte funktionieren muss.

Buchtipp:

Der Sklavenaufstand in Rosarno

Orangen-Ernte, Krise, Ausbeutung, Elend, Mafia, Rassismus, Provokationen – Der Bericht des französischen Schriftstellers Jean Duflot gibt keine einfachen Antworten auf die Frage nach den Hintergründen für die gewalttätigen Ausschreitungen zwischen modernen Sklaven und einheimischem Mob in Rosarno nach dem 7. Januar 2010.

Jean Duflot:
Orangen fallen nicht vom Himmel – Der Sklavenaufstand in Rosarno, Verlag Europäisches Bürgerforum / CEDRI, Basel, 2011, CHF 20.-, ISBN 3-9522125-3-9;



Bestellungen: EBF/CEDRI, St. Johanns-Vorstadt 13, Postfach, 4004 Basel
<http://www.civic-forum.org>

1. Oktober 2011, 14.30 Uhr
Nationale Demo in Bern:

Schluss mit der Heuchelei! Kein Mensch ist illegal!

Heuchelei ist das bestimmende Kennzeichen der schweizerischen Politik gegenüber den Sans-Papiers: Einerseits wird ihre Arbeit in Anspruch genommen, andererseits werden ihnen die Grundrechte verweigert. Über 100'000 Personen leben in der Schweiz in dieser Situation.



Impressum:

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»
Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich